

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

DIE CDU UND DIE INTELLEKTUELLEN

Hanna Walz
Vorsitzende des Evangelischen
Landesarbeitskreises der CDU
Hessen

Die letzten Wahlen haben es uns gezeigt, wenn wir uns überhaupt noch Illusionen über die Tatsache gemacht haben sollten: die Mehrheit der deutschen Intellektuellen steht "links", jedenfalls soweit sie sich politisch zu Worte meldet. Sie wollte diesen "Macht"wechsel, weil ihr "Bonn", mit einem verächtlichen Unterton gesprochen, den Stillstand zu verkörpern schien, die Verknöcherung der Macht, die Sterilität des materiellen Scheinerfolges, der außenpolitischen Unbeweglichkeit. "Moral gegen Macht" - so formulierte es Horst Krüger in der "Zeit" - das war die Parole dieser Mehrheit gegen den von der CDU geführten Staat, wobei er voraussetzt, daß von nun an Moral und Macht nicht mehr so klar geschieden seien. Ob die SPD diesen Wechsel einlösen kann, wird sich zeigen.

Wir aber haben uns zu fragen, wie es zu dieser Verketterung der CDU kommen konnte, und ob wir nicht selbst unser Teil - trotz aller von uns erbrachten Leistungen, insbesondere auch auf sozialpolitischem Gebiet - zu ihr beigetragen haben. Nicht auf unser Konto geht das Unbehagen am demokratischen Prozeß überhaupt, das mit uns identifiziert wurde: das schwerfällige Verfahren der Willensbildung, die Ohnmacht des einzelnen bei politischen Entscheidungen, die immer stärkere Bedeutung der Parteien, die vom Grundgesetz so nicht konzipiert ist, der Einfluß von Interessengruppen und weltanschaulichen Verbänden auf diese Parteien, die Erosion des Parlaments durch das Anwachsen der Herrschaft der Bürokratie und die vorher in den Ausschüssen erfolgte Willensbildung, die Notwendigkeit von Kompromissen, die den Außenstehenden oft als Kuhhandel erscheint, obwohl sie in der

Nr. 12

20. Dezember 1969

AUS DEM INHALT

Die CDU und die Intellektuellen	1
Zur Deutung des "C" im Namen der CDU Helmuth Pütz	3
Zur Kommunalwahl 1969 in NRW Günter Rinsche	6
Leserbriefe	9

*WIR WÜNSCHEN UNSEREN LESERN EIN
FROHES UND GESEGNETES WEIHNACHTS-
FEST UND FÜR DAS VOR UNS LIEGEN-
DE JAHR GLÜCK UND ERFOLG*

Praxis getroffen werden müssen, um die Benachteiligung bestimmter Gruppen möglichst kleinzuhalten.

Auf unser Konto geht, daß es uns nicht gelungen ist, diesen Prozeß, soweit er notwendig ist, transparent zu machen und Abhilfe da zu schaffen, wo sie möglich ist. Im Bewußtsein, staatstragende Partei zu sein, haben wir berechtigte Kritik nur allzu häufig als Unverstand abqualifiziert und es als Verkennung unserer Leistungen angesehen, wenn der von uns initiierte und von allen gemeinsam erarbeitete Wohlstand allzu selbstverständlich hingenommen und nach dem Wozu und Wohin dieses Wohlstands gefragt wurde.

"Sicher in die 70er Jahre" und "Auf den Kanzler kommt es an" sind da keine ausreichenden Antworten. Während sie ihre werbende Kraft auf die ältere Generation und die in ihren Lebensinteressen bedrohten Gruppen nicht verfehlten, entfremdeten sie uns den Teil von Jugend, Mittelstand und Intelligenz, der die Demokratie als einen ständigen Reformprozeß auffaßt. In diesem geht es um Erneuerung, nicht so sehr um Sicherheit, nicht um Tradition, sondern um Offensein für die technologischen Möglichkeiten und von vornherein bewußt zu reduzierenden Zwänge eben dieser Möglichkeiten, um Bildung für alle, um den Abbau von Spannungen in der Ostpolitik um fast jeden Preis.

Man traut uns nicht zu, daß wir das Gespür für die Zukunft haben, weil wir zu häufig den Besitzstand verteidigt, zu häufig aber auch das "C" im Namen unserer Partei in der Gesetzgebung überstrapaziert haben, etwa im Eherecht und im Strafrecht. Wir sind ein säkularer Staat und wollten doch der mangelnden Christlichkeit ein wenig durch den Staat nachhelfen lassen, und manchmal nicht nur ein wenig. Das kreidet man uns zu Recht an, weil es der von uns so gepredigten Toleranz widerspricht, weil es antiliberal ist. Der bewußt lebende moderne Mensch westlicher Prägung reagiert auf nichts so empfindlich wie auf einen vermeintlichen oder wirklichen Eingriff in seinen ganz persönlichen Bereich.

Die Intellektuellen als "Spezialisten des Unbehagens", wie Karl Korn einmal gesagt hat, sprechen nur aus, was sich viele andere fragen, ohne es artikulieren zu können. Wieweit noch außenpolitisch der Brückenmystizismus, die Sehnsucht, wenn schon nicht mehr "Reich", dann doch jedenfalls Brücke zwischen Ost und West, und damit doch wieder etwas Besonderes zu sein, hinzukommt, bleibe hier dahingestellt. Die Politik wird zur moralischen Forderung: Verzichtspolitik, weil wir den Zweiten Weltkrieg begonnen haben und nun in besonderer Weise verpflichtet sind, zum Frieden beizutragen. Wobei vergessen wird, daß wir auf etwas verzichten würden, was uns gar nicht zusteht: das Selbstbestimmungsrecht des anderen Deutschland.

Nun ist es sicher richtig, daß die Verantwortungsethik sich immer wieder durch die Gesinnungsethik in Frage stellen lassen muß. Es ist unser Fehler, daß wir die Konflikte der Gesinnungsethik als "unpolitisch" zu häufig nicht ernst genommen haben, obwohl gerade auch die junge Generation von ihnen bewegt wird. Die intellektu-

elle Intelligenz ist zwar ihrem Wesen und ihrer Aufgabe nach als solche nicht dazu da, Politik zu machen, sie kann aber als politischer Katalysator wirken, wenn sie vom Malaise zur Kritik vorstößt und die jeweils richtigen Fragen am richtigen Ort stellt. Richtig kann hier beide Male nicht heißen, daß sie sich in ein ihr vorgegebenes Gefüge von Richtigkeit anpassen muß. Erstens würde sie das niemals tun, und zweitens wäre, wenn sie es täte, das von ihr Erwartete bereits vertan. Denn sie soll ja die unkonventionellen, die unbequemen Fragen stellen. Diese richtigen Fragen sind die eigentlich menschlichen Fragen, die sich nicht durch Selbstkorrektur der elektronischen Rechenmaschinen lösen lassen.

Begreifen wir die Funktion des Intellektuellen so, dann werden wir uns ihm zum Gespräch stellen müssen. Es könnte für beide Seiten fruchtbar sein.

ZUR DEUTUNG DES "C" IM NAMEN DER CDU +)

Helmuth Pütz

Es gehört auch heute noch zu den wirksamsten Methoden der Verunglimpfung und der Fehlinterpretation der Union, ihr nachzusagen, sie sei eine "christliche Partei", die "christliche Politik" betreibe. Die CDU ist weder das eine, noch betreibt sie das andere. Wohl hatten historische Erfahrungen in den Gründungsmitgliedern der CDU einen prägenden christlichen Imperativ herausgebildet. An eine christliche Politik war aber nie gedacht. Wenn die christlich-caritativen Motive auch nicht die einzigen waren, die die Gründung der Union bestimmten, so waren sie doch in der damaligen Situation die überwiegenden. Heute ist eine ausschließlich christlich begründete Verantwortung für die Politik in Deutschland obsolet geworden.

Der Versuch, bewußt und betont nach 1945 Politik auf christlicher Grundüberzeugung zu basieren, ist für eine Zeit des Zusammenbruchs aller Wertvorstellungen durchaus verständlich. Das spezifisch christliche Motiv ist als Konstituans der heutigen Politik unbrauchbar, wo sich in dem Wertsystem unserer politischen Grundüberzeugung die nur schwer trennbaren und undefinierbaren Einsichten in die Natur des Menschen und der Gesellschaft sammeln, die von Denkern des Humanismus, der christlich-jüdischen Tradition und klassischen Philosophie, Anthropologie und Politologie stammen. Wenn hier unter Weltanschauung eine auf das Ganze des menschlichen Lebens abzielende Sinndeutung verstanden wird, so folgt daraus, daß die CDU keine Weltanschauungspartei ist. Wohl können einzelne Mitglieder der CDU ihre private, meist christliche Weltanschauung haben - für die CDU als Partei gilt, daß sie kein einheitliches und geschlossenes Ge-

+) Dieser Artikel stellt eine Ergänzung dar im Hinblick auf den bereits in der "Evangelischen Verantwortung" Nr. 8 gebrachten Aufsatz von Kurt Lauk "Ein Plädoyer für das "C".

sambild vom menschlichen Leben politisch verfolgt, wohl aber partielle Ordnungsleitbilder vom einzelnen und der Gesellschaft hat. Als Volkspartei ist die CDU erst recht nicht mit einer Ideologie behaftet. Ihre Politik orientiert sich vielmehr je nach Bedarf an den Grenzpfählen des Pragmatismus und dem des eigenen Menschen- und Gesellschaftsbildes.

Die politischen Grundhaltungen der CDU akzentuieren sich jeweils unterschiedlich an den geistig-politischen Traditionen des Christentums, die häufig auf den klassischen Traditionen des Altertums, den Traditionen der Aufklärung, des Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus basieren. Diese Ingredienzen ergeben zwar ein, wenn auch nicht immer eindeutig konturiertes Menschenbild als Grundlage der Politik, aber keine Weltanschauung. Die CDU hat als Volkspartei auf lange Sicht nur eine Chance, wenn sie sich weit öffnet für alle, die bereit sind, ihre Politik zu unterstützen. Die christliche Weltanschauung kann Sache des einzelnen Mitgliedes sein (muß es aber nicht sein); in der Politik der CDU hat die spezifisch christliche Weltanschauung heute keinen konstitutiven Platz. Das "christliche Element" ist sowohl in der Substanz, als auch im äußeren Bild der CDU heute bereits so weit obsolet geworden, wie es für eine Partei, die Volkspartei ist, unumgänglich ist. Wie lächerlich der Versuch wirkt, politische Maßnahmen auf christliche Grundsätze zu basieren, kann am Beispiel Süsterhenn nachgewiesen werden, der die Notwendigkeit zur europäischen Integration auch mit dem "Bewußtsein von der Gotteskindschaft aller Menschen" begründet. Auch die soziale Marktwirtschaft und die Wahrung der Würde und Freiheit des Menschen begründet Süsterhenn auf christliche Grundsätze. Nun können einige dieser politischen Postulate tatsächlich aus christlicher Verantwortung in der Politik gefördert werden. In keinem Fall aber können diese Ziele als spezifisch oder gar ausschließlich christlichen Ursprungs ausgegeben werden.

Die christliche Grundüberzeugung, die sowohl bei Politikern der CDU, als auch bei Politikern anderer Parteien durchaus vorhanden sein kann, ist für eine Partei kein politisch konkretes und differenzierendes politisches Agens. Christentum kann nicht "kurzschlüssig in politische Zielsetzungen umgesetzt werden" (Molt), obwohl es katholische und evangelische Christen gibt, die, angetreten unter einer bestimmten Weltanschauung, versuchen, aus der christlichen Lehre Handlungsanweisungen für die Politik herauszukondensieren. Andererseits ist es für einen Christen durchaus legitim, den Versuch zu machen, seine christlichen Wertprämissen in einer Partei durchzusetzen. Nur kann dieser Christ nicht erwarten, daß die Partei, die Volkspartei sein will und den Wählern gegenüber auch sein muß, in jedem Fall ihre Politik nach christlichen Wertprämissen ausrichtet.

Wie bereits kurz erwähnt, war die Gründung einer "christlichen" Partei nach dem Krieg eine Lösung, die aus der Not der Zeit geboren wurde. Die Neugründung war gedacht als Gegenmaßnahme gegen die Ausschaltung aller ethischen Prinzipien aus der Politik, als Verwirklichung eines neuen Verantwortungsbewußtseins, als neue Fundamentierung des Lebens nach einer geschichtlichen Katastrophe,

Reisebedingungen:

Bei Anmeldung ist eine Anzahlung von DM 250,-- pro Person zu leisten. Restzahlung 30. Jan. 1970.

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises und deren unmittelbare Familienangehörige.

Stornierung der Reise:

Bis 2 Monate vor Abflug wird eine Bearbeitungsgebühr von DM 50,-- pro Person erhoben. Bei späterem auch unverschuldetem Rücktritt ist der volle Reisepreis zu zahlen. Wir empfehlen Ihnen den Abschluß einer Reiseausfallversicherung. Sollte die Reise aus bestimmten Gründen von uns abgesagt werden so wird die Anzahlung in voller Höhe vergütet. Ein weiterer Rechtsanspruch besteht nicht. Es liegen die allgemeinen Reisebedingungen des DRV zu Grunde.

Der Union-Reisedienst behält sich eine geringfügige Verschiebung der Reisedaten vor.

als Vertretung christlicher politischer Belange in einer Partei, weil dafür keine andere Partei zur Verfügung stand, als Gegengewicht gegen den damals antikirchlichen Kurs der SPD, als Antwort auf den kommunistischen Druck aus dem sowjetischen Herrschaftsreich, als neue Rechtspartei, nachdem alle alten rechtsstehenden Parteien durch den Nationalsozialismus kompromittiert waren, und als Überwindung der konfessionellen Spaltung im politischen Bereich durch das Zentrum als katholischer Partei. Eine Klerikalisierung des öffentlichen Lebens ist durch die CDU niemals beabsichtigt gewesen oder betrieben worden. Heute ist die Komponente der Interessenintegration in der CDU weitaus stärker als die weltanschauliche Basis. Tatsächlich ist die Integration von Politikern aus beiden christlichen Konfessionen in einer Partei bis heute eine große Leistung der CDU. So hat auch Karl Buchheim (vielleicht überspitzt) darauf hingewiesen, daß das eigentliche Programm der Gründungszeit der CDU hauptsächlich im "U" und nicht im "C" lag.

Es gehört zur Realität der heute als Volkspartei etablierten CDU, daß das "C" als politisches Stimulans obsolet und das "U" selbstverständlich geworden ist. Würde heute die CDU neu gegründet, würde das "C", da es zu Mißdeutungen und Fehlinterpretationen reichlich Anlaß gibt, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht im Namen der Partei auftauchen. Das "C" selbst spielt politisch keine Rolle mehr, nur einige aus dem "C" deduzierte Werte. Da diese Werte aber, wie oben gezeigt, auch aus anderen ethischen Positionen deduzierbar sind, d.h., daß diese Werte für das "C" nicht mehr charakteristisch sind, ist das "C" programmatisch für die Volkspartei CDU wertlos. Christen in der CDU können sich zum "C" bekennen, Nichtchristen brauchen sich nicht zum "C" zu bekennen, sondern nur zu den Werten, die das Menschenbild der CDU bestimmen, die aber auch aus anderen Quellen als der christlichen Grundüberzeugung deduzierbar sind. Das "C" hat im Namen der Partei als eingeführte Bezeichnung politischen Kontinuitätscharakter. Wenn der Gehalt eines Namens auch in den Hintergrund getreten ist, folgt daraus nicht zwingend, daß der Name geändert werden muß. Im Gegenteil: Der eingeführte und bekannte Name kommt einer Qualitätsmarke gleich. Man kann Gerhard Szczesny zustimmen, wenn er feststellt, die Unterstellung, daß die Bundesrepublik in toto christlich sei oder zu sein habe, setze die freiheitliche und pluralistische Konzeption des Grundgesetzes faktisch außer Kraft und führe zu den typischen Konformitätszwängen eines Weltanschauungsstaates.

Das christliche Menschenbild fordert eine antitotalitaristische, antikollektivistische, sachgerechte und auf Ausgleich zwischen Individuum und Gemeinschaft bedachte Politik. Die gleichen politischen Prinzipien können aber auch aus heute gültigen, nicht ausdrücklich und genuin christlichen Menschenbildern deduziert werden. Christliches Menschenbild und Gesellschaftsverständnis vermitteln nicht der CDU eine politische Grundhaltung und daraus resultierende Regulativprinzipien (das wäre nur dann der Fall, wenn sich alle CDU-Mitglieder zum christlichen Menschenbild bekennen), sondern lediglich den Mitgliedern der CDU, die als politisch engagierte Christen handeln. Die Verbindung aus Achtung des Individuums und Sozialbezogenheit ist auch keineswegs das Originäre im Verständnis der Poli-

tik aus christlicher Sicht. Die gleiche Verbindung findet sich vielmehr bereits im antiken Humanismus, in der jüdischen Sozial- und Individuallehre, in der Philosophie Roms und in der Neuzeit bei deutschen Sozialdemokraten und Freidemokraten. Originär und spezifisch christlich ist das nicht.

Für die CDU bleibt somit ein Menschenbild, das nicht spezifisch christlich, aber auch christlich ist und das mit den möglichen Personal- und Sozialprinzipien unserer Politik (Individualitätsprinzip, Solidaritätsprinzip, Personalitätsprinzip, Subsidiaritätsprinzip, Freiheitsprinzip, Pluralität, Toleranz) gekennzeichnet werden kann.

ZUR KOMMUNALWAHL 1969 IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Günter Rinsche

Lassen Sie mich in Worten und Zahlen einige Überlegungen zur Kommunalwahl vom 9.11.1969 in Nordrhein-Westfalen anstellen, die nur wenige Wochen nach den Bundestagswahlen stattfand und von allen politischen Kräften innerhalb unseres Landes mit Spannung erwartet wurde.

Im Ergebnis gewannen bzw. verloren die Parteien gegenüber 1964:

	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP
NRW	- 7,3 %	+ 2,2 %	- 0,5 %	- 1,9 %
Rheinland	- 6,3 %	+ 1,1 %	+/- 0 %	- 1,3 %
Westfalen-Lippe	- 7,5 %	+ 3,2 %	- 1,2 %	- 2,5 %

Die Prozentsätze der Kommunalwahl 1969 im Vergleich zu früheren Kommunalwahlen sind in der folgenden Tabelle zusammengefaßt:

	CDU	SPD	FDP
Kommunalwahl 1956	38,2	44,2	9,6
" 1961	45,0	40,7	10,2
" 1964	43,1	46,6	8,0
" 1969	45,3	46,1	6,1

Wenngleich die Vergleichbarkeit der Zahlen der Kommunalwahl 1969 mit denen der früheren Kommunalwahlen nicht ganz gegeben ist, da einige Kreise am 9.11.1969 aus Gründen kommunaler Neuordnung nicht bzw. noch nicht gewählt haben, so reicht das vorliegende Ergebnis

aber für die beweisbare Feststellung aus, daß die CDU im Durchschnitt des Landes die größte Gewinnquote erzielen konnte. Dies ergibt sich auch, wenn man die Mandatszahlen der an der Kommunalwahl des 9.11.1969 beteiligten Gebiete mit denen des Jahres 1964 vergleicht:

Mandate in Nordrhein-Westfalen

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Sonstige
1964	3.423	1.603	1.537	224	59
1969	3.623	1.770	1.626	161	66
	+ 200	+ 167	+ 89	- 63	+ 7

Diese Ergebnisse der Kommunalwahlen deuten darauf hin, daß die Entwicklung zu einem Zwei-Parteien-System mit zeitweiligen Chancen für Drittparteien führt. Dies erfordert strategische Konsequenzen, die wiederum exakte Einzelanalysen voraussetzen. Als eine Meßziffer für Einzelanalysen und darauf aufbauende Chancenermittlungen bietet sich der Maßstab der Abstandsveränderung zwischen den beiden großen Parteien an.

Unter Abstandsverbesserung (AVB) ist die Veränderung des Anteilverhältnisses von CDU und SPD zu Gunsten der CDU zu verstehen; entsprechend gilt als Abstandsverschlechterung (AVS) eine Veränderung dieses Verhältnisses zu Gunsten der SPD.

Somit ergibt sich für die westfälischen "Spitzenreiter" bei der Kommunalwahl 1969 in der Abstandsveränderung (durchschnittliche Abstandsverbesserung der CDU in Westfalen 4,4%, im Rheinland 1,1%) folgendes Bild:

Abstandsverbesserung

(AVB der CDU)

Lemgo	13,6 %
Hamm	13,3 %
Halle	12,9 %
Wanne-Eickel	10,4 %
Hagen	8,1 %
Lünen	6,6 %
Minden	6,6 %
Iserlohn Stadt	6,5 %
Recklinghausen Stadt	6,4 %

Abstandsverschlechterung

(AVS der CDU)

Coesfeld	8,8 %
Meschede	8,1 %
Büren	7,1 %
Borken	5,6 %
Münster Stadt	5,3 %
Recklinghausen Land	4,3 %
Wittgenstein	3,9 %
Ahaus	3,7 %
Lüdinghausen	3,1 %

Aus der vorstehenden Tabelle wird sichtbar, daß die Abstandsverbesserung der westfälischen CDU vorwiegend in Industriestädten gelang, während Abstandsverschlechterungen überwiegend in ländlichen Gebieten mit katholischer Bevölkerung zu verzeichnen waren. Ein solches Ergebnis zeigt Chancen der CDU in den Bereichen, in denen

sie bisher relativ schwach war, es läßt aber auch die Gefahren erkennen, die in ihren traditionellen Hochburgen akut werden.

Hinsichtlich der Ursachen ist die passive AVB von der der aktiven AVB zu unterscheiden. Eine passive AVB kann z.B. auf eine überproportionale Vergrößerung des Stammwählerpotentials der CDU als Folge von Gebietsveränderungen oder durch Spaltungsercheinungen beim Gegner zurückzuführen sein. Soweit die AVB jedoch auf der taktisch und strategisch guten Politik der CDU beruht, handelt es sich um eine aktive AVB. Ziel der CDU-Kommunalpolitik ist somit die aktive AVB. Notwendige Methoden und Maßnahmen sind hier: Allgemeine Imageverbesserung der CDU als einer leistungsfähigen kommunalpolitischen Partei, sorgfältige Auswahl und Ausbildung der Ratskandidaten, Vorlage eines zukunftsorientierten Sachprogramms, eventuell Herausstellen eines Spitzenkandidaten, Nutzung aller Möglichkeiten einer positiven Öffentlichkeitsarbeit.

Da eine Abstandsverbesserung bis zu 10 % (in besonders günstigen Fällen sogar bis zu 13 %) möglich ist, sollte nun geprüft werden, in welchen Städten und Kreisen die Chance der Mehrheitsgewinnung im Jahre 1974 gegeben ist. Nach meiner Auffassung empfiehlt sich eine landespolitisch zentrale Schwerpunktbildung in solchen Kreisen und Städten, in denen gute Voraussetzungen für eine aktive Abstandsverbesserung mit Chancen der Mehrheitsgewinnung vorhanden sind.

KURZ NOTIERT:

HOHE ZAHL VON KIRCHENAUSTRITTEN

Mit einer umfassenden empirischen Erhebung will die Evangelische Kirche des Rheinlandes die Ursachen für die zunehmende Zahl der Kirchenaustritte untersuchen. Die Häufigkeit der Austrittserklärungen war 1968 erstmals vergleichbar mit 1937 "dem Jahr des schärfsten nationalsozialistischen Kampfes gegen die Kirche".

Diese Entwicklung im Bereich der Evangelischen Kirche des Rheinlandes wird seit Jahren nicht ohne Besorgnis beobachtet. Nach Meinung von Präses Joachim Beckmann geben eher politische Gründe in den meisten Fällen den Anstoß, sich von der Kirche abzuwenden. Beckmann fügte hinzu, nach vorläufigen Umfragen und Gesprächen glaubten anscheinend viele, daß die evangelische Kirche ihre ehemals auf dem Grundsatz der Einheit von Thron und Altar äußerst rechtsbezogene Position aufgegeben habe und "zur milden Linken" abgerückt sei.

Auch die Zahl der Kirchenaustritte in der berlin-brandenburgischen und der hannoverschen Landeskirche ist in den letzten Jahren stark gestiegen. 1969 traten insgesamt 13.500 West-Berliner aus der evangelischen Kirche aus. Das sind 70 Prozent mehr als im Vorjahr und mehr als ein Prozent aller Angehörigen der Landeskirche.

ZUM THEMA "EIN PLÄDOYER FÜR DAS 'C'" +)

"Ich danke Herrn Lauk, weil er mutig und aufrichtig das Thema angefaßt und in verständlicher Weise dargelegt hat, um was es sich handelt. Mit dieser Diskussionseröffnung kann sich auch die Redaktion beglückwünschen, denn damit kann sie jedermann beweisen, daß die CDU eine solche "C-Diskussion" nicht fürchtet.

Ich bin gegen die Entfernung des "C" aus unserem Parteinamen, weil das durch kein bisher vorgebrachtes Argument gerechtfertigt ist. Die Entfernungsargumente, die mir bekannt sind, sind nicht stichhaltig und widersprechen sich vielfach sehr. Es wird z.B. behauptet, daß das "C" entfernt werden muß, weil die CDU damit mit Leichtigkeit die Wahlen gewinnt. Dieses Argument ist so schäbig und spricht für den oder diejenigen, die es in die Welt gesetzt haben. Es hat schon um die Jahrhundertwende eine christliche Partei gegeben, die trotz ihres "C" vom Volk nicht angenommen wurde, obwohl das Volk sie damals hätte annehmen müssen, wenn man unseren gegenwärtigen Gegnern glaubt, weil damals die religiösen Voraussetzungen weitaus günstiger waren als heute. Gegen das obige Argument spricht auch die Tatsache, daß die CDU 1949 nur 31 % der Stimmen erhalten hatte und somit geringfügig vor der SPD geführt hat, die damals 29 % auf sich vereinigen konnte. Wenn die Wählbarkeit nur vom "C" abhängig wäre, dann hätte die CDU bereits 1949 die absolute Mehrheit haben müssen. Dies hatte sie nicht und erhielt sie erst 1957, als sie dem Volk Leistungen vorweisen konnte.

Es ist nur seltsam, daß gerade die Befürworter einer Politisierung der Kirche auch die eifrigsten Gegner des "C" sind. Hierin sehe ich einen Widerspruch. Wer die Politisierung der Kirche fordert, muß konsequenterweise auch zugestehen, daß sich Christen in politischer Verantwortung auch als solche vor dem ganzen Volk ausweisen. Das ist immerhin ehrlicher, als mit der Hilfe kirchlicher Würdenträger für sich zu werben. Die Geschichte gibt uns sogar das Recht, denn hätte das deutsche Volk schon um die Jahrhundertwende das "C" in der Politik angenommen, wie wäre wohl dann die deutsche Geschichte verlaufen?

Die Diskussion um das "C" sollen wir nicht im Blick auf unsere Gegner führen. Wir sollen auf uns schauen, auf uns hören, um dem "C" auch gerecht zu werden. Das "C" ist kein verbotener Buchstabe, aber dieses "C" ist für jedes CDU-Mitglied eine Verpflichtung, ein Programm. Dieses "C" ist mehr als das "S" oder "F". Das sollten wir nie vergessen. Geht uns die Bedeutung des "C" abhanden, dann entschwindet uns das Ziel, wobei wir nicht mehr Menschen der Zukunft, sondern der staubigen Vergangenheit werden. Christen sind aber Menschen der Zukunft; sie kennen das Ziel und sind damit täg-

lich neue Revolutionäre. Die CDU hat trotz aller Unkenrufe in den vergangenen Jahren revolutionär gewirkt, wo die anderen noch in ihrer verstaubten Vergangenheit verhaftet waren. Es sei nur auf freie Marktwirtschaft, Lastenausgleich, Sozialhilfe, Rentenreform, EWG und anderes hingewiesen. Unsere Gegner haben damals nur das "Nein" aber nicht den Fortschritt gekannt.

Die CDU ist dem "C" gerecht geworden, und wenn sie dabei der Materie vor dem Geist mehr gehuldigt hat, so kann sie diese Sünde wieder in der Opposition gutmachen, indem sie nunmehr zeigt, wie man richtige Opposition aus christlicher Verantwortung betreibt. Die Geschichte soll uns nicht als Neinsager kennenlernen! Wenn uns das "C" eine Verpflichtung für unser politisches Wirken bleibt, dann brauchen wir es nicht zu entfernen. Sollten wir dieses "C" nicht mehr als Verpflichtung besitzen wollen, dann wird es besser sein, wir schaffen es rechtzeitig ab, damit wir nicht der Christenheit schaden. Wenn wir aber nun "Hals über Kopf" das "C" abschaffen, geben wir zu, daß wir ihm nicht gerecht geworden sind. Sind wir es wirklich nicht?"

Bruno Heuchert
Calw-Wimberg

ZUM THEMA "ZUR WEITERENTWICKLUNG BILDUNGSPOLITISCHER LEITSÄTZE"^{+))}

"In der Novemberausgabe Ihres Blattes äußert sich Klaus Goebel über das Thema "Zur Weiterentwicklung bildungspolitischer Leitsätze". Wenn er sich bei seinen Formulierungen auch sehr zurückhält, so gibt er doch deutlich genug zu verstehen, wie er sich solche "Weiterentwicklung" vorstellt: er möchte, daß die CDU künftighin Gesamtschulversuche unterstützt.

Dergleichen klingt so schön modern, daß, wer es wagt, sich dagegen zu wenden, sich sogleich dem Vorwurfe der Rückständigkeit aussetzt. Und wenn gar ein Oberstudienrat, noch dazu ein aktives Mitglied des Philologen-Verbandes seine Stimme erhebt, um solch einem zeitgemäßen Vorschlag zu widersprechen, da wird man sehr rasch bereit sein, sich solchen Widerspruch auf billige Weise zu erklären. Die Vokabeln dazu liegen ja gewissermaßen auf der Straße; ich brauche sie hier nicht zu wiederholen und will hier auch nicht ihre Fragwürdigkeit bloßlegen, weil dies zu weit führte. Wiederholen will ich aber auch nicht die schwerwiegenden Gründe, welche gegen die integrierte Gesamtschule sprechen; denn diese Argumente sind schon oft vorgebracht, freilich noch nicht entkräftet worden. Immerhin empfehle ich all denjenigen, welche nicht bereit sind, das jeweils Neueste blindlings für das jeweils Beste zu halten, sehr dringend, die gegen die Gesamtschule erhobenen Einwände endlich einmal gründlich zu bedenken.

Im Hinblick auf den erwähnten Aufsatz kommt es mir vor allem darauf an, vor der weit verbreiteten leichtfertigen Bereitschaft zu

^{+))} Siehe "Evangelische Verantwortung" Nr. 10/11 Seite 5/6

Gesamtschulversuchen zu warnen. Solche Experimente lassen sich nämlich nur unter bestimmten Voraussetzungen rechtfertigen, u.a. diesen:

1. Der betreffende Versuch dürfte nicht unter exzeptionellen, er müßte vielmehr unter alltäglichen Bedingungen stattfinden;
2. jede einzelne Phase des Versuchs müßte im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit kritisch beobachtet werden;
3. der Versuch wäre bis ins einzelne von einer sachkundigen neutralen Kommission zu überprüfen;
4. die unbeabsichtigten Nebenwirkungen sollten genauso sorgfältig registriert und kritisch durchleuchtet werden wie die beabsichtigten Effekte;
5. die Reichweite der gewonnenen Einsichten wäre besonders eingehend zu bedenken, wußte doch schon Herbart, daß man wesentliche Urteile über Erfolg oder Mißerfolg einer Erziehung nicht empirisch, sondern nur a priori zu gewinnen vermag; denn "der Rückstand der pädagogischen Experimente sind die Fehler des Zöglings im Mannesalter", und diese unterliegen nicht unserer Kontrolle.

Die Annahme, daß diese Voraussetzungen überall dort verlügen, wo man heutzutage Gesamtschulversuche unternimmt oder sich anschickt, solche zu unternehmen, wäre überaus leichtfertig. Denn das Gegenteil ist offenkundig: vielerorts - bestimmt in Berlin, ich weiß, was ich sage - setzt man Gesamtschulversuche in Gang, um die Gesamtschulagitation zu unterstützen. Selbstverständlich werden diese Versuche die Erwartungen ihrer Urheber nicht enttäuschen! Und weil sich dies so verhält, sollte unsere Partei und sollte auch der Evangelische Arbeitskreis den Gesamtschulversuchen nicht vorbehaltlos das Wort reden, nur weil sie nun einmal Mode geworden sind."

Dr. Gerhard Meinck
Hagen

Dieses Schreiben wurde von Dr. Klaus Goebel wie folgt beantwortet:

"Meine Formulierungen waren nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus Überzeugung "sehr zurückhaltend", wie Sie richtig feststellen. Man kann in einer CDU, die in den letzten zwanzig Jahren mehr gebremst als angekurbelt hat, nicht plötzlich Gas geben. Man sollte wohlüberlegt allmählich in Fahrt kommen. Das Ziel ist eine den Notwendigkeiten und Erkenntnissen angepaßte Schule, nicht eine, von welcher Ideologie auch immer, gesteuerte. Ich gestehe, daß sie mir nur in den Umrissen klar ist. Ich gestehe weiter, daß ich eine Reihe von Schultypen des In- und Auslandes - in Deutschland verstehen sie sich als Reformschulen - imponierend finde. Weil ihre Programme aber meist mehr versprechen, als die Wirklichkeit hält, glaube ich, daß der wohldurchdachte Versuch bei uns am Anfang stehen muß. Ich teile Ihre Skepsis hinsichtlich solcher Experimente nur bedingt, bin aber mit Ihnen der Meinung, daß die in Ihrem

Schreiben aufgeführten Punkte 1 bis 5 konstituierende Elemente solcher Versuche sein sollten. Dabei denke ich weniger an Modelle aus West-Berlin und der DDR als an solche, die auf Grund der Empfehlungen des Bildungsrates eingerichtet werden. Vor allem sollte man sich dabei Zeit nehmen und nicht meinen, innerhalb der nächsten Jahre könnten dort epochale Erkenntnisse erreicht werden. Die überstürzte Trennung der Volksschule in Nordrhein-Westfalen nach Grund- und Hauptschule gehört zu den warnenden Beispielen solcher Eile, bei der durchsichtige politische und ideologische Motive eine Rolle spielen. Gesamtschule vorbehaltlos: nein. Wissenschaftlich abgesicherte Versuche: ja."

POLITISCHES BEAMTENTUM ?

"Hunger nach Gerechtigkeit" lautete die Devise des evangelischen Kirchentages. Die Tatsache, daß eine solche Devise aufgestellt werden konnte, beweist, wie wenig die Gerechtigkeit im weltlichen Bereich zu finden ist. Wenn aber die Forderung, die ein Glaubensprinzip des Alten Testaments und des Neuen Testaments ist, wiederum aufgestellt wurde, sollten auch für die verschiedenen Lebensbereiche aus diesem religiös fundamentierten Grundsatz die nötigen Folgerungen gezogen werden.

Einer der vielen Lebensbereiche, in denen die Gerechtigkeit nicht verwirklicht ist, scheint mir auch das Beamtentum zu sein. Unser Beamtentum ist in den letzten Jahren immer stärker politisiert worden. Das Landesbeamtengesetz spricht davon, daß bei Beförderungen auch die öffentliche Tätigkeit des Beamten (lies Parteibuch) zu berücksichtigen sei. Die CDU hat diese Praxis nicht zur Norm erhoben, wohl aber die Gegenseite, wie zum Beispiel die Berliner Verhältnisse beweisen, vielleicht auch die Gepflogenheiten in anderen Ländern der Bundesrepublik.... Da die CDU im neuen Bundestag die Rolle der Opposition übernommen hat, wäre es für sie an der Zeit, daß sie darauf dringt, feste Maßstäbe zu erarbeiten, an denen die gewünschte öffentliche Betätigung gemessen werden kann. Meiner Ansicht nach hat die CDU die Empfehlung des Gesetzgebers bisher ernstgenommen, denn anders ist der Ausspruch eines Aktivisten der jüngeren Generation auf einer angesetzten Versammlung nicht zu erklären. Dieser Ausspruch lautet sinngemäß: "Wer nicht erwartet, daß er durch die Zugehörigkeit zu einer Partei befördert werde, trete in die CDU ein." Der Name ist mir bekannt. Diese Kritik ist symptomatisch für die geübte Praxis der Gegenseite.

Durch feste Maßstäbe, die gefordert werden müssen, deren Grundprinzip aber das Wohl des Ganzen ist, zöge auch in den Bereich des Beamtentums eine größere Gerechtigkeit ein, als es zuweilen in manchen Ländern nach Lage der Dinge und der geübten Praxis geschieht."

Wilhelm A. Dreyer
Stuttgart

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammler
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten